

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden  
Bestellnummer: 25241  
Für den Nachdruck: Nr. 26011  
Schriftleitung u. Geschäftsverhältnisse:  
Dresden-N. 1, Marienstraße 25/26

Bezugsgebühr vom 1. bis 15. Oktober 1929 bei täglich zweimaliger Zustellung fest 1,70 RM.  
Bezugsgebühr für Monat Oktober 3,40 RM. einchl. 30 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr).  
Eingelassener 10 Pfg. Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Werbemaßstab berechnet: die ein-  
seitige 20 mm breite Zeile 25 Pfg., für anderwärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellenanzeigen  
ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 20 mm breite Zeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg.  
Offenergebnis 30 Pfg. Kautionsgebühren gegen Vorauszahlung

Draht u. Post: Leipzig & Reichardt,  
Dresden, Postfach-Nr. 1048 Dresden  
Nachdruck nur mit druck. C. L. L. Dresden  
(Dresden, Markt) zulässig. Unsererlangte  
Schriftsätze werden nicht aufbewahrt

## Die Sozialisten gegen Kabinettsumbildung

### Curtius bleibt vorläufig im Außenamt

#### Der Weg der Volkspartei

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 8. Okt. Die einseitige Befragung des Außenamtes mit Reichsminister Dr. Curtius soll sich etwa bis Mitte Dezember erstrecken. Bis dahin dürften die akuten außenpolitischen Fragen, die mit dem Youngplan in Zusammenhang stehen, abgewickelt sein. Im Anschluß daran wird ziemlich sicher mit einer Weichmachungskrise gerechnet, zumal

nach Ablauf des Provisoriums die Volkspartei eine Umbildung des gesamten Kabinetts herbeiführen will.

Schon jetzt läßt die Sozialdemokratische Partei erklären, sie wird keinen ihrer Vertreter im Kabinett opfern, selbst wenn man ihr dafür ein anderes Ressort zur Verfügung stelle. Bemerkenswert ist noch die Mitteilung, die Sozialdemokratie sei auf jeden Fall dagegen, einen Verzicht, diplomaten zum Minister zu ernennen.

Inzwischen geht die Diskussion über die zukünftige politische Entwicklung der Deutschen Volkspartei weiter. Das die Partei durch den Tod Dr. Stresemanns in ihrem Wesen getroffen ist, wird niemand bezweifeln. Schon deshalb besitzen sich Ratgeber verschiedener Orientierung, der jetzt führerlosen Partei Vorschläge zu unterbreiten. Am deutlichsten wird die „Kölnische Zeitung“, die kurz und bündig dem Wunsch Ausdruck gibt, daß Dr. Curtius Parteichef werden möge.

Neigünder gegenüber demgegenüber der „Hannoversche Kurier“ das Problem, der u. a. schreibt:

#### Die Volkspartei kann jetzt drei Wege gehen.

1. Sie kann sich einen neuen Führer aus ihren Reihen wählen und ihre Arbeit in der bisherigen Weise fortsetzen. 2. Ihren Reichstagen und ihrem Einklang läßt man allerdings bei weitem nicht mehr die Bedeutung zu, die sie in ihrer Sonderstellung als Aktionszentrum des zu ihr gehörigen, aber über die einzelnen Parteien weit hinausreichenden Staatsmannes besaß. Ihre Stärke würde nur noch auf der Zahl ihrer

Mandate beruhen. Je nach ihrer Stellung zum Kabinett würde sie bald an die Seite der Deutschnationalen gedrängt werden, bald mit den Demokraten in der gleichen Richtung gehen. Das ergäbe bei Wahlen die Gefahr, an beide Parteien zu verlieren und nichts für sich zu gewinnen.

Sie kann sich zweitens als Deutsche Volkspartei dasjenige Programm zu eigen machen, für das sie die Worte nur von den Lippen des viel größeren Bevölkerungsstückes abzulesen braucht, als sie je Wähler hatte und sich zum Ziel setzen, mit diesem Programm Anhänger aus allen übrigen Parteien zu sich herüberzuführen.

Ihr 3. Weg ist ihre Auflösung auf der Grundlage eines solchen Volksprogramms in eine Partei neuen Namens, die Staatspartei, die Reichspartei, oder die Partei der Reichsreform, die alles zusammenfassen würde, was zwischen Jungens, Raas und Breitscheid steht, in die Demokraten, Wirtschaftsparteiler, Deutschnationale, die sich zum großen Ziel der Reichseinheit bekennen, die Jugend der Mitte und das ganze liberale Bürgertum mit einbeziehen müßte, das jetzt schon seit langem interesselos absteht.

Schließlich wäre noch eine nicht uninteressante Stimme der „Hamburger Nachrichten“ zu vermerken, die u. a. wie folgt lautet: „Aber nur mit dem Zentrum verbündet, wird die Sozialdemokratie selber einen Teil der Verantwortung tragen müssen.“

#### Die Volkspartei kehrt loslöser und vernünftigerweise ins Lager der nationalen Opposition zurück.

Es wird der Tag kommen, wo auch das Zentrum diesen Weg beschreiten wird. Der Tod Dr. Stresemanns ist in diesem Zusammenhang tief zu bedauern, denn es wäre im Interesse der Geschlossenheit der Deutschen Volkspartei wünschenswert gewesen, daß er noch selber das Signal zur Rechtswendung abgegeben hätte, wozu er schon den Arm erhoben hatte.“

Man sieht also, daß die Dinge im Fluß sind, und daß neue innerpolitische Gruppierungen infolge des Todes Dr. Stresemanns als sicher gelten dürfen.

### Mißbrauch des Rundfunks

#### Severing will gegen das Volksbegehren sprechen

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 8. Okt. Der sozialdemokratische Reichsminister des Innern, Severing, beabsichtigt morgen im Rundfunk einen Propagandavortrag gegen das Volksbegehren zu halten. Dieser Vortrag soll auf sämtliche deutsche Sender übertragen werden. Schon heute muß gesagt werden, daß ein solches Vorgehen geahndet ist, schärfsten Widerstand in den reichstehenden Bevölkerungskreisen auszulösen. Wenn man schon die Ueberparteilichkeit des Rundfunks hinfertigen will, so ist zum mindesten zu verlangen, daß auch Befürworter des Volksbegehrens das Wort im Rundfunk erhalten können. Daß man dazu geneigt wäre, ist allerdings bisher noch nicht bekannt und leider wohl kaum anzunehmen.

### Der Hindenburgfilm in Schulen verboten

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 8. Oktober. Vom Untersuchungsausschuß beim preussischen Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, der entscheidenden Instanz für die Auswahl der Schulfilmprogramme, ist dem Hindenburgfilm die Eignung der Vorführung in den Schulen abgesprochen worden. Dieser Film ist auf Grund amtlichen Materials und von Photographien aus der Umgebung Hindenburgs hergestellt worden. Er behandelt das Leben des Reichspräsidenten von seiner Kindheit bis zu seinem 80. Geburtstag. Höhepunkte des Films sind Szenen aus dem Großen Hauptquartier während des Weltkrieges, Hindenburgs Aufenthalt in Hannover, die Uebermittlung der Nachricht seiner Wahl, der Einzug in Berlin usw. Das Verbot soll deshalb erfolgt sein, weil die Szenen nicht nach ihrer zeitlichen Erfolge, sondern nach ihrer künstlerischen Gesichtspunkten angeordnet seien. Hierdurch gehe nach Ansicht des Ausschusses der historische Lehrwert des Werkes verloren. Diese sachliche Begründung wird allerdings kaum irgendwo Glauben finden.

### Starkes Kundenliste wird veröffentlicht

Berlin, 8. Okt. Den Blättern zufolge hat der Magistrat bei der Staatsanwaltschaft durchgesetzt, daß heute städtische Beamte Einsicht in die Konten der Starkes erhalten werden. Die Namen sämtlicher Beamten, die mit der Firma in geschäftlicher Beziehung gestanden haben, werden vom Rechnungsführer der Stadt Berlin veröffentlicht werden. Der Magistrat will damit den Beweis erbringen, daß die Stadt bauern bemüht ist, die Aufklärung der unsauberen Angelegenheit in vollster Öffentlichkeit durchzuführen. Diese Veröffentlichung wird naturgemäß Hunderte von Namen kleiner und mittlerer Beamten aller Parteistellungen enthalten, die in völlig korrekter Weise auf Grund von Inseraten und Werbeschriften zu Kunden der Firma wurden.

### Dr. Caspary rehabilitiert

Berlin, 8. Oktober. Wegen die bei der Untersuchung der Verschlingen Bar matts tätigen Staatsanwälte war seinerzeit ein Disziplinarverfahren anhängig gemacht worden, in welchem ihnen Vorwürfe hinsichtlich ihrer Amtsführung bei der Untersuchung gegen die Bar matts gemacht wurden. Der damalige Staatsanwaltschaftsbevollmächtigte Dr. Caspary ist jetzt, nachdem der große Disziplinarhof unter Vorsitz des Kammergerichtspräsidenten Dr. Liggers ein freisprechendes Urteil gefällt hat, zum Staatsanwalt beim Landgericht II in Berlin ernannt worden.

### Maria Orska in Würzburg

Berlin, 8. Okt. Nach Feststellungen der Vermittlungszentrale beim Berliner Polizeipräsidium befindet sich die Schauspielerin Maria Orska, die seit ihrer Abreise von Wien vor einigen Tagen vermisst wurde, in ärztlicher Behandlung in der Universitätsklinik Würzburg.

Seit früh erhielten die Wiener Verwandten Maria Orskas einen Brief der Krankenstation der Universitätsklinik in Würzburg, in dem sie davon verständigt wurden, daß die Künstlerin seit Mittwoch dort liege.

Maria Orska war vom Stationspersonal bewußtlos neben dem Bahnkörper des Bahnhofs Alshausenburg aufgefunden worden. Sie lag unweit des Dr. J. J. Wien, mit dem sie von Wien abgereist war.

Als man Frau Orska auffand, war sie nur notdürftig bekleidet. Der Bahnhofsvorstand ließ die Schauspielerin, die vollkommen bewußtlos war, durch Sanitätspersonal in die Klinik nach Würzburg bringen. Hier lag Frau Orska zwei Tage in tiefster Bewußtlosigkeit. Nach und nach beginnt sie zu sich zu kommen, doch ist ihr Erinnerungsvermögen noch immer hart getrübt. Sie ist noch immer nicht in der Lage, eine Schilderung zu geben, wie sie neben den Bahnkörper zu liegen gekommen ist. Sie hat nur noch den Wunsch geäußert, daß man ihre Angehörigen von ihrem Verbleib verständigen solle.

Ein Deutscher Torero in Madrid? Wie Savas aus Madrid meldet, hat dort der Torero Wilhelm Ras, der, wie behauptet wird, ein Deutscher ist, mit Erfolg seinen ersten Stierkampf in der Arena eines Vorortes bestanden.

## Das Londoner Kabinett reicht Rußland die Hand

### Billigung des Abkommens mit Dowgalewski

London, 8. Okt. Die halbamtlich bekanntgegeben wird, hat Außenminister Henderson dem Kabinett in seiner heutigen Sitzung einen ausführlichen Bericht über seine Besprechungen mit dem russischen Vorkonsul Dowgalewski erstattet. Das Kabinett hat das von ihm und Dowgalewski unterzeichnete Abkommen, das die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen vorsieht, gebilligt. Das mit allen Hindernisse für die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Moskau bis auf die Bestätigung durch das Parlament aus dem Wege geräumt.

### Der Inhalt der englischen Einladung

London, 8. Okt. Ueber die an die Vereinigten Staaten, Frankreich, Italien und Japan ergangenen Einladungen zu einer Seeabrüstungskonferenz meldet die „Times“: Das Dokument enthält ungefähr tausend Worte. Zu Beginn werden die Punkte aufgezählt, in denen die Regierungen der Großbritanniens und der Vereinigten Staaten im Laufe der Besprechungen zwischen Macdonald und General Dawes zu einer vorläufigen Verständigung gelangt sind. Danach besteht Einigkeit darüber,

1. daß die gegenwärtigen Verhandlungen das Ergebnis sind die Fortsetzung des Kriegsvertragspaktes (Kelloggpaakt) sind,

2. daß der Grundsatz der Parität der Flottenstärken für alle Kriegsschiffklassen akzeptiert wird, die nicht durch den Washingtoner Vertrag erfaßt werden und daß diese Parität am 31. Dezember 1930 erreicht sein soll. Die britische Regierung hat über diese Punkte mit den Regierungen der Dominions beraten, und es verlanzt der „Times“ zufolge über die Definition der Parität, daß sämtliche Marinekriegskräfte des britischen Reiches in Rechnung gestellt werden sollen.

3. daß es wünschenswert ist, auch die Frage einer Revision der Dienstzeit von Schlachtschiffen aufzuwerfen, um die Durchführung des vollen Erlassungsprogramms zu vermeiden, das im Washingtoner Vertrag von 1922 vorgelesen ist.

4. daß beide Regierungen der Ansicht sind, daß U-Boote völlig abgeschafft werden sollten.

Daß aber diese Maßnahme nicht ohne die Zustimmung aller beteiligten Mächte durchgeführt werden kann.

Die „Times“-Meldung besagt weiter: Im allgemeinen wird anerkannt, daß eine endgültige Vereinbarung nur durch eine Konferenz mit den anderen Seemächten erreicht werden kann. Infolgedessen läßt die britische Regierung die vier anderen Regierungen zu einer Konferenz ein. Man hofft, daß die eingeladenen Regierungen sofort zu einem Meinungs-

austausch über die aufgeworfenen Fragen schreiten werden. In der Note wird ausdrücklich erklärt, es sei nicht geplant, einen neuen Mechanismus zur Behandlung der Seeabrüstung zu schaffen, im Gegenteil hoffe man, die Arbeit der Konferenz derart zu gestalten, daß dadurch die Aufgabe des Völkerbundes, der das gesamte Abrüstungsproblem zu behandeln hat, erleichtert wird.

### Keine Ziffern in der Einladung genannt

(Drahtbericht unserer Pariser Korrespondenten)

Paris, 8. Oktober Die seit langem erwartete Einladung zur Abrüstungskonferenz der fünf Seemächte, die gestern nachmittag auf der französischen Botschaft in London übergeben wurde, trägt die Unterschrift des englischen Außenministers. Nach Nachrichten aus Washington enthält die Einladung, deren Wortlaut morgen veröffentlicht werden soll, keinerlei Ziffern, denn die amerikanische Regierung, das heißt

Präsident Hoover, habe sich auch in seinen Besprechungen mit Macdonald der Einlegung von Ziffern in die Einladung, wie sie England vorgeschlagen habe, widersetzt.

Nach den englischen Vorschlägen wären schon in der Einladung bestimmte Zahlen über den Tonnenschiffhalt, auf welchen die englisch-amerikanische Parität sich aufbauen soll, genannt worden, aber diese Ziffern seien nach in der Einladung gestrichen worden. Nach denselben Nachrichten aus Washington verlangt England für sich für seine Kreuzerflotte eine Gesamttonnage von 330 000 Tonnen, die sich auf 50 Kreuzer verteilen, als Mindesttonnage, die England annehmen könne. 15 Kreuzer von 10 000 Tonnen mit achtzölligen Geschützen bestückt, wären in dieser Gesamttonnage mit einbezogen.

„La République“, das Organ Daladiers, schreibt zu den Besprechungen in Washington: Die Vereinigten Staaten befinden sich in ihrer Isolierung sehr wohl. Sie scheinen weniger denn je geneigt zu sein, sie in eine Isolierung zu zwingen umzuwandeln. Macdonald wird jedoch den Schein gewahrt haben, weil er heute bereits Einladungen an Frankreich, Japan und Italien zu einer Londoner Konferenz ergehen läßt, und diese Konferenz ist erst möglich geworden nach einer Einigung zwischen England und Amerika. Um diese Einigung herbeizuführen, wäre es aber nicht notwendig gewesen, übers Meer zu fahren. Es scheint also noch ein Zweifel über der Tragweite dieser englisch-amerikanischen Einigung. Was steht dahinter? Darüber wird man bald Bescheid wissen.

Der „Mitter der Themis“ unter Anklage. Gegen Henri Boulogne, den Freund und Helfer des falschen Marquis de Champaubert, den die Reklamekomödie des angeblich lebendig Begrabenen das Leben gekostet hat, ist in Paris Anklage wegen fahrlässiger Tötung erhoben worden.